

Neues aus dem Neckartal und aus der Region



DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf:
Die-linke-rottenburg.de

November 2025

Schulmensa Hohenberg und Schlachthof

Umdenken bei Ernährung und Landwirtschaft sind gefragt

Ende September hat der Gemeinderat 20.000 Euro für die Planung der Campus-Mensa auf dem Hohenberg beschlossen. Für drei städtische Schulen mit ihrem Ganztagesbetrieb soll eine gemeinsame Mensa für etwa 500 SchülerInnen der drei Schulen entstehen. Sie umfasst außerdem einen Mehrzweckraum für junge Menschen und Eltern als „niederschwellige Anlaufstelle“. Die zukunftsweisende Planung sieht 620.000 Euro Gesamtkosten vor. Notwendig ist diese Planung durch den Bundestag, der ab 2026 an Kitas und Grundschulen den Ganztagesbetrieb gesetzlich beschlossen hatte, ohne das erforderliche Geld dafür bereitzustellen. Mit der Campus-Mensa sind mehrere noch nicht gelöste Aufgaben verbunden: Woher kommt das Betreuungspersonal? Wer wird das Essen liefern (Caterer)? Wie nimmt das Lieferant auf die Essgewohnheiten der SchülerInnen mit ihren verschiedenen Altersgruppen Rücksicht? Gibt es (wie an vielen französischen Schulen) eine Verpflegung, die biologisch und ernährungstechnisch gesund ist?

Gute Bedingungen

Rottenburg hat eigentlich gute Voraussetzungen für einen guten Mensa-Betrieb in den Schulen. Wir haben (noch) einen lokalen Schlachthof, der gutes,

regional kontrolliertes Fleisch liefern könnte. Gemüse und Eier könnten von den Biobetrieben (Rebio) angeliefert werden oder auch von der Landwirtschaft des Gefängnisses. Beides ist günstiger als einen Lieferanten aus Stuttgart oder noch weiter weg zu engagieren. Bedingung wäre allerdings, für den städtischen Wirtschaftsförderer Andreas Lanio Land-Wirtschaft kein Fremdwort mehr ist, sondern Teil einer Gesamtwirtschaft in Rottenburg, die es zu fördern gilt! Dazu gehört auch eine Lösung des endgültigen Standorts für einen lokalen oder regionalen Schlachthof statt von den großen Handelsketten.



Zu einem solchen neuen Konzept gehören auch Ideen für die Streuobstwiesen, die mit Schafen und Ziegen bewirtschaftet werden und gutes Obst und Fleisch liefern könnten. Oder wie will die Stadt mit ihrem Kulturgut Streuobstwiesen umgehen und dies erhalten? Am EBG wurde jahrelang Imkerei mit ihren Bienenstöcken betrieben. Dies gelingt allerdings nur, wenn man die einseitige Brille der Stadt Gewerbesteuereinnahmen erweitert und eine nachhaltige, gesunde Ernährung von den ersten Lebensjahren an in den Blick nimmt.

>>>>>

Und weiter:

Seite 3: Stuttgart 21

Seite 4: Justice Fleet

Seite 7: B3 - Zentrum für Bildung, Begegnung, Beratung



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Kostenloses Mittagessen

Dies kann verbunden werden mit den Forderungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ im Auftrag der Bundesregierung, der 2024 als oberstes Ziel die Einführung eines kostenlosen Mittagessens für Kinder vorschlug. Eine schwedische Studie belegt positive Effekte von freiem Schulmittagessen auf Gesundheit und Einkommen von Erwachsenen. Kostenlose Schulspeisung macht Schülerinnen und Schüler gesünder und erhöht sogar ihr späteres Einkommen.

Das wird gestützt durch den neuesten UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland (November 2025), erstellt vom renommierten Deutsche Jugendinstitut (DJI) für UNICEF Deutschland mit insgesamt 27 wissenschaftlichen Expert*innen. Er stellt fest, dass Deutschland für die Zukunft von mehr als einer Million Kinder schlechtere Chancen bietet als wirtschaftlich schwächere Länder wie Slowenien und Portugal: „44 Prozent der armutsgefährdeten Kinder leben in überbelegten Wohnungen. Mindestens 130.000 Kinder sind wohnungslos und in kommunalen Unterkünften untergebracht. Sie haben beispielsweise keinen Platz, um Hausaufgaben zu machen, können sich kein zweites Paar Schuhe oder vollwertige Mahlzeiten leisten und nehmen kaum an Freizeitaktivitäten Gleichaltriger teil.“ Gerade deshalb ist es wichtig, dass sie mit ihren Schulkameraden ein gemeinsames, gesundes und warmes Mittagessen bekommen, das stärkt ihr Gefühl, zur Gemeinschaft zu gehören und fördert die Gesundheit. Aus der Corona-Pandemie mit ihren Zusammenbrüchen der Lieferketten können wir zudem lernen, dass die Versorgungssicherheit für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung mit der Nahrung aus der Region anfängt. Statt Lernenden Angst mit „Kriegstüchtigkeit“ als Unterrichtsfach einzubläuen, sollten sie Friedentüchtigkeit und Sicherheit in Krisenzeiten gestützt auf eine nachhaltige Natur erlernen.

Alleinerziehende entlasten

Ein gutes, gebührenfreies Mittagessen in Gemeinschaft hilft nicht nur unseren Kindern. Es würde auch die Alleinerziehende entlasten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern. In der Zeit von 1996 bis 2021 ist die Anzahl der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern von 1,3 Millionen auf knapp 1,5 Millionen angestiegen. Rund 34 Prozent aller Haushalte von Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern sind derzeit auf staatliche Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) angewiesen. Von den acht Mio. Familien mit Kindern unter 18 Jahren sind 18 Prozent alleinerziehend, zu 90 % Frauen in schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Sie können wegen der Kinder und der fehlenden Plätze in Kitas meist nicht länger arbeiten, obwohl sie das gerne täten, um dem Armutsrisiko

(später die geringere Rente!) zu entkommen. Fast drei Millionen Alleinerziehende leben in Deutschland und balancieren täglich am Abgrund. Sie leben fünf Mal häufiger in Armut als Paarhaushalte. All dies ist wichtig für die sofortige Planung einer gebührenfreien Ganztageschule mit einem guten Mittagessen, um den Rechtsanspruch auf Ganztags zu verwirklichen! Doch all dies ist für OB Neher reine „Zukunftsmusik“ und wird „auf Eis gelegt“ – so wird die Zukunft unserer Kinder und Familien gefährdet!

Emanuel Peter

Jonas
Verdi-
Bezirksgeschäftsführer

DIE LINKE. **ver.di**

Am 02.12.2025 im AWO-Heim Rottenburg
um 19:00 Uhr

Weber



Kommunen am Limit - Demokratie am Abgrund

Im vergangenen Jahr verzeichneten die Kommunen ein historisches Defizit – und die Verschuldung steigt weiter. Gleichzeitig sollen sie immer mehr leisten: von der Sanierung öffentlicher Gebäude über den Ausbau der Kinderbetreuung bis hin zur Digitalisierung der Verwaltung. Unsere Lebensqualität ist in hohem Maße davon abhängig, ob die soziale Infrastruktur in den Kommunen gut organisiert ist. Wie der Bund und das Land reagieren viele Städte und Kommunen mit Sozial- und Stellenabbau, mit Kürzungen von sozialen Leistungen und Streichung wichtiger Investitionen. Das ist auch ein Demokratietheorieproblem. Doch Geld wäre genug da, gelöst werden die Finanzierungsprobleme der Städte und Kommunen nur dadurch, dass endlich Milliardäre und Superreiche gerecht

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Stuttgart 21 – Quorum für Bürgerbegehren knapp verfehlt

Was nun?

Wie bereits berichtet, wird ein Bürgerbegehren angestrebt, das die Überbauung von freierwerdenden Gleisflächen verhindern soll. Um dieses durchzuführen, müssen im Vorfeld zunächst 20.000 Unterschriften gesammelt werden. Doch es läuft nicht alles glatt.

§23 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) regelt die Umnutzung (Entwidmung) von stillgelegten Gleisflächen. So sollte ursprünglich auf dem freierwerdenden Gleisvorfeld des Kopfbahnhofs (A2-Gelände) das Rosensteinquartier entstehen. Doch nach Verschärfung des Gesetzes 2023 war dies nicht mehr möglich. Auf Protest hin nahm die neue Bundesregierung wieder eine teilweise Entschärfung vor. Der Stuttgarter OB Nopper wittert nun Morgenluft und will schon einen Bebauungsplan aufstellen. Doch nun soll ein Bürgerbegehren „**mehr Bahnhof = mehr Zukunft**“, initiiert durch den **Stadtrat Hannes Rockenbauch** (SÖS/Linke), die Bebauung dennoch verhindern. Damit über das Bürgerbegehren zeitgleich mit der Landtagswahl am 8. März 2026 abgestimmt werden kann, muss allerdings ein Quorum von 20.000 Unterschriften wahlberechtigter Stuttgarter Bürger erreicht sein.



Nun hat der Leiter der Stabsstelle von OB Nopper nach Abgabe von 23.926 Unterschriften mitgeteilt, dass das Quorum nicht erreicht worden sei. Von den geforderten 20.000 gültigen Unterschriften würden 165 fehlen. Darüber hat Nopper die Öffentlichkeit, einschließlich Presse, informiert, nur nicht die Initiatoren des Bürgerbegehrens. Aber die ungewöhnlichen 17 Prozent Abweichung sieht selbst das Statistische Amt als sehr hoch an und ging zuvor von maximal 13,3 Prozent aus. Die Initiatoren wollen nun Einsicht in die ungültigen Stimmen nehmen und nachprüfen, wie es zu dieser Abweichung kam – und ob wirklich 165 Stimmen gefehlt haben!

Aber laut OB Nopper erweise sich Hannes Rockenbauch leider als schlechter Verlierer. In der Stunde seiner Niederlage versuche er, mit einem durchsichtigen und plumpen Manöver den Blick von seinem Scheitern auf die angeblich schuldige Stadtverwaltung zu lenken. So ein unverschämtes Bullshit-Argument beleidigt all die 23.926 Menschen, die sich hier für Demokratie und Mitbestimmung eingesetzt haben!

Wenn sich Nopper tatsächlich hinter 165 angeblich fehlenden Unterschriften verschanzt, dann verliert nicht nur Stuttgart, dann verliert die Demokratie. Dann verspielt Stuttgart die Chance auf eine Verkehrswende, auf Frischluft und auf Lebensqualität!

Es sollte eine demokratische Selbstverständlichkeit sein, dass die ungültig erklärten Stimmen überprüft werden können. Keineswegs selbstverständlich scheint dies jedoch für die Stuttgarter Stadtschöffe zu sein, denn sie verweigerte kurzerhand die Einsichtnahme mit einem ziemlich konstru-

ierten Verweis auf den Datenschutz. So hat Nopper die anfänglich gute Zusammenarbeit der Initiatoren mit dem Statistischen Amt und die versprochene Transparenz auf einmal blockiert. Außerdem wurden Unterschriften nicht mehr mitgezählt, die zwischen dem 16. und dem 22. Oktober (dem eigentlichen Ende der Aktion) abgegeben wurden und die ansonsten zur Erreichung des Quorums allemal ausgereicht hätten.

Dies alles nährt den Verdacht, dass da einiges nicht mit rechten Dingen gelaufen ist. Der vielleicht noch größere Skandal: wenige Tage nach Ende der Unterschriftenaktion lässt die Stadt bekannt geben, dass die Rosensteinbebauung viele Milliarden teurer wird als immer behauptet – und das in der sich zuspitzenden Haushaltslage der Stadt.

Trotz alldem betont Hannes Rockenbauch: „Jetzt kann sich die Demokratiefreundlichkeit des Gemeinderats zeigen, indem der Gemeinderat dennoch einen Bürgerentscheid durchführt und damit in dieser wichtigen Frage den Bürgern das Wort gibt. Dass das Ziel möglicherweise um lediglich 0,8 Prozent verfehlt wurde, obwohl die Hälfte der Zeit in die Sommerferien gefallen war, ist ein extrem starkes Zeichen. Der Gemeinderat kann damit die bürgerfeindliche Haltung von OB Nopper korrigieren. Wenn der Gemeinderat wirklich bürger- und demokratiefreundlich wäre, dann würde er diese 23.926 Stimmen ernst nehmen – und den Bürgerentscheid über das A2-Gelände einleiten!“ Wir jedenfalls unterstützen Hannes Rockenbauch und sämtliche Initiatoren, dass es ihnen gelingt, sämtliche Hindernisse aus dem Weg zu räumen, damit das Bürgerbegehren stattfinden kann.

Was sonst noch geschah:

Neue Bahnchefin Palla: Wie bereits berichtet wurde Bahnchef Richard Lutz von Bundesverkehrsminister Schnie-der wegen Unfähigkeit gefeuert. Nachfolgerin wurde nun Evelyn Palla, die den DB-Konzern aus der schweren Krise führen soll. Palla, die sogar einen Lokführerschein besitzt, hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine internationale Karriere aufgebaut, die sie von Italien und Österreich bis an die Spitze der Deutschen Bahn führte. Sie will nun den Konzern drastisch umbauen und vor allem dezentralisieren.

Streit um S21-Mehrkosten beigelegt: Die Bahn will im Streit um die Mehrkosten nicht weiter gerichtlich gegen die eigenen Projektpartner vorgehen. Im Finanzierungsvertrag von 2009 wird von Gesamtkosten in Höhe von 4,5 Milliarden Euro ausgegangen. Über mögliche Zusatzkosten sollte im Rahmen einer sog. „Sprechklausel“ verhandelt werden, über deren Rechtsverbindlichkeit allerdings jahrelang ergebnislos gestritten wurde. Zuletzt betrugen die Mehrkosten rund 7 Milliarden Euro. Nun hat die Bahn den Streit beendet und verzichtet auf den Gang vor das Bundesverfassungsgericht.

Auf jeden Fall bleiben wir dran und wollen auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag Jürgen Hückstädt (Fortsetzung folgt.)

Anpassung der Elternbeiträge in der Kindertagespflege ab 01.01.2026

Eine Stimme vom Fach

Zum 1. Januar 2026 werden im Landkreis Tübingen die Elternbeiträge für die Kindertagespflege angepasst. In der Vergangenheit waren die Kosten für Eltern in diesem Bereich sehr moderat – der Landkreis Tübingen hat über viele Jahre hinweg keine Erhöhung der Elternbeiträge vorgenommen.

Am Vormittag des 26. September 2025 informierte der Tageselternverein Familiäre Kinderbetreuung im Landkreis Tübingen e.V. in einer Rundmail alle Kindertagespflegepersonen und Eltern über die anstehende Beitragserhöhung. Leider war aufgrund des Wochenendes anschließend für die Eltern kein Ansprechpartner mehr verfügbar, wodurch sich die Eltern an ihre zuständige Tagespflegeperson wendeten. Dies war natürlich der naheliegendste Weg, jedoch traf der Unmut der Eltern

hier schlichtweg die Falschen. Hier zeigte sich, dass sich viele Eltern und Kindertagespflegepersonen einen ausführlicheren und transparenteren Informationsaustausch gewünscht hätten. Eine so weitreichende Änderung hätte – so die Rückmeldungen vieler Beteiligter – mit mehr erklärenden Hinweisen, Beispielen und Rechenbeispielen kommuniziert werden sollen, um Fragen und Unsicherheiten frühzeitig zu vermeiden.

Ebenso hätte eine solch drastische Erhöhung in zwei Schritte vermieden werden können, wenn die Elternbeiträge

bereits die letzten Jahre immer wieder schrittweise erhöht worden wäre. Dies wurde aus meiner Sicht schlichtweg verpasst.

Die jetzige Anpassung mag auf den ersten Blick hoch erscheinen, dennoch bleibt die Kindertagespflege nach wie vor überwiegend durch den Landkreis finanziert und damit weiterhin eine sehr kostengünstige Betreuungsform.

Auch im Landkreis Tübingen bleibt die Kindertagespflege trotz der Beitragserhöhung weiterhin die preis-

wertere Alternative zu einer städtischen Einrichtung. Eltern profitieren von einem sehr guten Betreuungsangebot zu fairen Konditionen, das gleichzeitig eine hohe pädagogische Qualität bietet.

Darüber hinaus zeichnet sich die Kindertagespflege durch ihre familiäre Atmosphäre und individuelle Betreuung aus. Kinder werden in kleinen Gruppen betreut, was eine enge Bindung, persönliche Zuwendung und eine auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes abgestimmte Förderung ermöglicht. Die Tagespflegepersonen im Landkreis Tübingen sind qualifiziert, engagiert und regelmäßig fortgebildet. Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wird eine professionelle und verlässliche Betreuung sichergestellt.

Die Kindertagespflege bietet Eltern die Möglichkeit,

berufstätig zu sein und Familie und Arbeit gut miteinander zu vereinbaren – in dem Wissen, dass ihre Kinder in guten Händen sind. Damit bleibt sie eine familiennahe, qualitativ hochwertige und zugleich bezahlbare Betreuungsform, die sowohl Kindern als auch Eltern zugutekommt.

Ein Blick auf die aktuelle Landespolitik zeigt zudem, dass Kinderbetreuung in Baden-Württemberg auch künftig mit Elternbeiträgen verbunden sein wird. Am 16. September 2025 hat der Landtag von Baden-Württemberg nach intensiver Debatte den Antrag der SPD-Fraktion auf Abschaffung der Kitagebühren abgelehnt. Ebenso fand der

Vorschlag, zumindest das letzte Kindergartenjahr landesweit kostenfrei zu gestalten, keine Mehrheit. Damit steht fest: Eine generelle Gebührenfreiheit für die Kinderbetreuung wird es in Baden-Württemberg vorerst nicht geben.

Gastbeitrag:

Kindertagespflegeperson aus dem Landkreis Tübingen



Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Gesundes Trinkwasser schützen

Deutsche Umwelthilfe setzt sauberes Wasser durch

Am 8. Oktober fällt das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig auf Antrag der Deutschen Umwelthilfe ein wegweisendes Urteil: Die Bundesregierung wird verpflichtet, die EU-Nitratrichtlinie, die seit 2018 gilt, sofort umzusetzen. Die Richtlinie sieht die Einhaltung des Grenzwertes von 50 mg pro Liter Nitrat im Grundwasser vor und fordert ein nationales Aktionsprogramm dafür vor. Der Nitratbericht der Bundesregierung (2024) stellt fest, dass an jeder vierten Messstelle dieser Grenzwert 2020-2022 überschritten wurde. Dabei besteht bereits bei geringen Mengen Nitrat ein Gesundheitsrisiko für Säuglinge und die Krebsgefahr erhöht sich. Besonders in Gebieten mit Massentierhaltung wird von Großbetrieben oft unkontrolliert Gülle auf die Felder ausgebracht. Zudem ist Nitrat ein wesentlicher Treiber für das voranschreitende Artensterben in der Natur. Aber die Profitinteressen der Agrar- und Fleischindustrie zählen mehr als die Gesundheit der Menschen und der Natur. Die Stadtwerke Rottenburg machen in ihrem neuen Ro-Journal große Werbung für ihre „sichere, zuverlässige Versorgung mit reinem Wasser“, vor allem aus der Bronnbach-Quelle: „Bei den so genannten Ewigkeits-Chemikalien PFAS werden schon heute die ab 2026 gültigen Grenzwerte im Rottenburger Wasser weit unterschritten.“

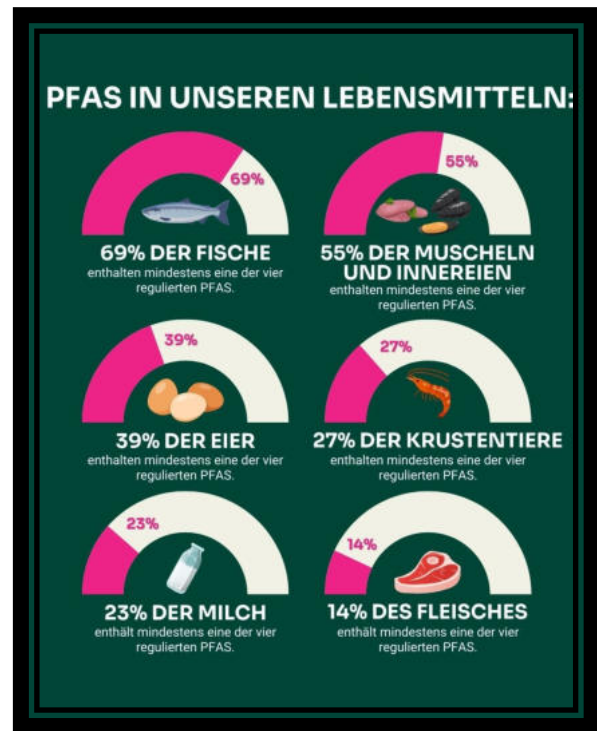
Die DUH fordert jetzt eine komplette Neuauflage des Nitrataktionsprogramms und dessen Einhaltung durch die Behörden. Dies bekämpft der Deutsche Bauernverband als „Bürokratiemonster“!

Ewigkeitschemikalie PFAS

Nicht nur Nitrat gefährdet unsere Gesundheit, sondern auch die so genannte Ewigkeitschemikalie. Sie verdient ihren Namen, weil sie kaum aus der Natur zu entfernen ist und sich in Pflanzen anhäuft. Der Umweltverband BUND hat einen deutschlandweiten Test durchführen lassen: In 42 von 46 Stichproben (Juni bis Oktober 2025) wurde PFAS nachgewiesen. Und zwar in Regionen, die nicht als Industriestandorte gelten – Güstrow, Schwerin, Ludwigslust und im Großraum Berlin. Man vermutet, dass Altlasten im Boden dafür verantwortlich sind. Die Chemie-Industrie hat rund 10.000 Arten von PFAS entwickelt, von Pfannen bis zum Feuerlösch-Schaum.

Auf jeden Fall sollen Kinder kein Trinkwasser aus der Leitung trinken, da ihr Immunsystem geschwächt werden

kann. PFAS, das in unzähligen Industrieprodukten vorkommt und seit der Tausendwende einen regelrechten Boom erlebt hat, sammelt sich im Körper besonders in Leber und in Fettgewebe an. Deshalb sollte keine Wildschweinleber verzehrt werden, sie darf auch nicht verkauft werden.



Die österreichische Umweltorganisation Global 2000 hat im Frühjahr 2025 Trifluor-Essigsäure (TFA) in zahlreichen Getreideprodukten nachgewiesen, vor allem in konventionellen Vollkornkekzen. 48 von 48 Proben waren positiv! Bisher gibt es noch keinen offiziellen Grenzwert für TFA, da bis jetzt als unbedenklich galt. Inzwischen wird diskutiert, ob es die menschliche Fortpflanzung beeinträchtigt. In Italien hat die Justiz elf Manager des Chemie-Konzerns Miteni zu insgesamt 141 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie hatten bis 2013 das Wasser großer Teile Venetiens mit PFAS verseucht. Für die BUND-Geschäftsführerin Verena Graichen ist klar: „Nur eine umfassende PFAS-Beschränkung kann die zunehmende Verschmutzung unserer Umwelt stoppen. Die Politik muss uns alle schützen.“

Kurz und bündig!

Menschenrecht auf sauberes Wasser

Mehr als zwei Milliarden Menschen haben keinen sicheren Zugang zu sauberem Trinkwasser, insbesondere keine Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen. Ebenfalls leiden rund 3,5 Milliarden Menschen darunter, dass sie keine angemessene sanitäre Versorgung bekommen. Dagegen fordert die Abteilung Globale Umweltveränderungen des Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung in seiner neuesten Veröffentlichung die Regierung auf, endlich das allgemeine Menschenrecht auf Wasser staatlich anzuerkennen und zu rechtlich zu verankern: „Die Anerkennung sollte zudem klarstellen, dass es sich bei dem Menschenrecht auf Wasser um eine Ausprägung des Menschenrechts auf eine gesunde Umwelt handelt, das ebenfalls noch nicht kodifiziert ist.“

„Justice Fleet“ nimmt den Kampf gegen libysche Verbrechen im Mittelmeer auf

Genug ist genug!

24. August 2025: Das zivile Rettungsschiff „Ocean Viking“ wird in internationalen Gewässern ohne Vorwarnung beschossen. Mehr als 100 Schuss in 20 Minuten. Wie durch ein Wunder wird niemand verletzt. Doch die Schäden sind enorm: Das Schiff wird in diesem Jahr wohl nicht mehr einsatzfähig werden. Täter: die sogenannte „Libysche Küstenwache“. Mindestens drei weitere gewaltsame Angriffe gehen seither auf ihr Konto, einer davon endet mit drei schwerverletzten Flüchtenden. Dabei ist diese Eskalation nackter Gewalt nur ein vorläufiger Höhepunkt: Seit 2017 jagt diese „Küstenwache“ Boote mit hilflosen Menschen, die vor der Hölle, die sie im Terrorstaat Libyen erlebt haben, nur über das Mittelmeer in Richtung Europa fliehen können. Mit brachialer Gewalt wurden seither weit mehr als 150.000 Menschen auf dem Meer abgefangen und in die libyschen Folterlager zurück gezwungen – rund 25.000 allein in diesem Jahr.

Auftraggeber EU

Das alles geschieht nicht nur mit stillschweigender Duldung der EU-Staaten, sondern in deren Auftrag und mit offener Unterstützung. Die EU fördert das „Grenzmanagement“ Libyens jedes Jahr mit zweistelligen Millionenbeträgen, gern aus dem Fonds für Entwicklungshilfe. Sie bildet die sogenannte Küstenwache aus. Sie spendiert Ausrüstung, vor allem Patrouillen-Boote: Auch das Schiff, dass die „Ocean Viking“ beschoss, ist eine Spende der italienischen Regierung. Reaktionen auf die Exzesse der Libyer? In Erklärungsnot gedrängt, kommen nur dürre Worte: „Wir müssen zuerst die Fakten feststellen“, heißt es von der EU – die dann Antwort bei den libyschen Behörden sucht. Und aus dem deutschen Außenministerium verlautet: „Wir fordern Libyen immer wieder auf, sich menschenwürdig zu verhalten“. Geändert wird nichts. Natürlich sieht jeder, dass hier schlicht Kriminelle am Werk sind. Auch juristisch ist das völlig klar. Ein Bericht der Vereinten Nationen, die die libyschen Praktiken untersuchte, kommt im März 2023 zum Ergebnis, die „EU leistet hier Beihilfe zu Straftaten“. Im Februar 2025 urteilt der Kassationsgerichtshof in Rom – das höchste italienische Gericht: „Die Übergabe von Migranten und Migrantinnen an die libysche Küstenwache ist ein Verbrechen, weil Libyen kein sicherer Hafen ist.“ Und das Zivilgericht Crotona entschied am 26. Juni 2025 in einem Berufungsverfahren: „Die libyschen Behörden können niemals als legitime Akteure von Rettungsmaßnahmen angesehen werden.“

Urteile: missachtet!

Die italienische Regierung ignoriert diese Urteile einfach und macht weiter wie gehabt: Auf Basis zweier Dekrete, die zivile Seenotretter zur Zusammenarbeit mit libyschen Behörden verpflichten sollen, werden schon bei kleinsten, oft konstruierten Verstößen Rettungsschiffe festgesetzt und Geldstrafen verhängt. „Nadir“, das Schiff meiner Organisation Resqship, traf es in diesem Jahr gleich zweimal. Dagegen haben wir Einspruch eingelegt. Nach einer ersten Anhörung vor Gericht

– zu der die Vertreter Italiens gar nicht erschienen – wurde die Verkündung der Entscheidung auf den November 2026 (!) festgelegt. Diese Langsamkeit italienischer Gerichte bekommen auch die anderen Rettungsschiffe zu spüren, die ebenfalls Einspruch gegen Verwaltungsstrafen eingelegt haben. Die wenigen Fälle, die bereits vorläufig entschieden wurden, gingen alle zugunsten der Rettungsschiffe aus...

Justice Fleet gegründet

Aber nun gilt: Genug ist genug. Mit der Drecksarbeit, die Libyen im EU-Auftrag zur Abwehr geschundener Menschen auf der Flucht erledigt, muss Schluss sein. Deshalb haben sich zehn zivile Seenotrettungsorganisationen zur „Justice Fleet“ zusammengeschlossen, die seit dem 4. November aktiv ist. Meine Organisation Resqship gehört dazu, ebenso aus Deutschland Sea Watch, Sea Eye, Mission Lifeline, Louise

Michel, r42 SailAndRescue und Sea Punks. 12 weitere Organisationen „an Land“ sind unterstützende Mitglieder, darunter Alarmphone, die DFG-VK, medico international, United4Rescue und die Seebrücke.

Die wichtigste Aktion: Rettungsschiffe der Mitglieder stellen ab sofort jeglichen Kontakt mit den libyschen Behörden ein. Eine Zusammenarbeit mit diesen Milizen gab es auch bislang

nicht, doch waren Schiffe verpflichtet, im Bereich der libyschen SAR Region – ein großes Seegebiet außerhalb der Hoheitsgewässer Libyens – gefundene Boote unverzüglich den Libyern zu melden und deren Anweisungen zu befolgen. Damit ist nun Schluss: Wir verteidigen geltendes Recht, auch wenn das bedeutet, dass wir unrechtmäßige Befehle auch der italienischen Behörden verweigern müssen. Das kann zu weiteren Festsetzungen und Strafen führen, doch diesen Kampf werden wir führen. Gemeinsam. Denn, so schreibt die Justice Fleet: „Wir halten zusammen. Ein Angriff auf ein Schiff oder Flugzeug ist ein Angriff auf die gesamte Flotte.“ Weitere Infos auf der Website www.justice-fleet.org. Dort finden sich hilfreiche Unterlagen, etwa zur Rechtslage eine Liste mit mehr als 60 der schlimmsten Gewalttaten der sogenannten libyschen Küstenwache gegen Flüchtende auf See und auf zivile Rettungsschiffe.

Aktueller Fun Fact, leider überhaupt nicht lustig: Deutschland zahlt jedes Jahr Millionenbeträge an die EU zur Unterstützung der Libyer. Unter der Ampel-Regierung wurde immerhin festgelegt, dass dieses Geld nicht für die Ausbildung der sogenannten libyschen Küstenwache verwendet werden darf. Am 13. November hat der Bundestag die deutsche Unterstützung verlängert – und klammheimlich diese Einschränkung gestrichen.

(Gastbeitrag Friedhold Ulonska) Der Autor ist seit 10 Jahren als Kapitän in der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer aktiv, vor allem für die Organisation RESQSHIP e.V.

(www.RESQSHIP.org).

Kontakt über Email: Friedhold@RESQSHIP.org.



Justice Fleet

B3 – Zentrum für Bildung, Begegnung und Beratung

Ein Ort von Menschen für Menschen

Mit dem B3 in der Tübinger Straße 86 – Zentrum für Bildung, Begegnung und Beratung - entsteht in Rottenburg ein Ort, der allen Menschen offensteht, unabhängig von Herkunft, Ethnie, Religion oder politischer Zugehörigkeit. Das B3 soll ein Ort des Miteinanders, der Teilhabe und der gegenseitigen Unterstützung werden.

Im Mittelpunkt steht die Vernetzung: Ehrenamtliche Organisationen, Vereine und auch unorganisierte Engagierte arbeiten hier gemeinsam mit Verwaltung, Kommunalpolitik, Jobcenter, Bürgerstiftung, Volkshochschule, Integrationsbeirat, Jugendvertretung und Behindertenbeirat u.v.m.. Ziel ist es, bestehende Kooperationen zu vertiefen und neue Formen der Zusammenarbeit zu schaffen. Zum Unterstützerkreis gehören unter anderem die VHS, das Sprachcafé, die Abteilung Jugend der Bundesagentur für Arbeit, das Landratsamt Tübingen.

Das Zentrum bietet Raum für Mentorinnen und Mentoren, die Brücken zwischen Wirtschaft und potenziellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schlagen. Es fördert die gleichberechtigte soziale und politische Teilhabe aller Menschen, die in Rottenburg leben. Durch interdisziplinären Austausch soll ein niederschwelliges Angebot entstehen – mit kurzen Wegen, die durch die Bündelung von Bildungs- und Beratungsangeboten an einem Ort möglich werden.

Hier begegnen sich Menschen unterschiedlicher sozialer, ethnischer und religiöser Hintergründe. Ziel ist die Befähigung aller Rottenburgerinnen und Rottenburger, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Das B3 ist ein Ort des Zusammenhalts, der Zusammenarbeit und der Zugehörigkeit.

Die großzügigen Räumlichkeiten mit über 1.000 Quadratmetern sind im Open-Space-Charakter gestaltet. Sie können flexibel und bedarfsgerecht von verschiedenen Akteurinnen und Akteuren genutzt werden – im kleinen Kreis ebenso wie für große Veranstaltungen. Unter Einbezug vieler organisierter und unorganisierter Mitbürgerinnen und Mitbürger wurden Räume geschaffen, die Begegnung und Teilhabe fördern.

Eine Küche, als Ort des Austauschs und der Gemeinschaft, lädt zum Kennenlernen und gemeinsamen Tun ein. Eine Kinderbetreuung ermöglicht es Eltern, Bildungs- und Beratungsangebote wahrzunehmen. Auf Barrierefreiheit wurde besonders geachtet, damit alle Menschen Zugang finden. Neben Veranstaltungen kultureller, sozialer oder religiöser Art sollen

auch Rückzugsorte für Stille und Kontemplation ihren Platz haben.

Die eingesetzte Planungsgruppe wird sich auch künftig regelmäßig einmal im Quartal/ Halbjahr im B3 treffen, um neue Projekte zu entwickeln, Verbesserungspotenziale zu erkennen, Veränderungsprozesse agil zu gestalten und Konflikte frühzeitig zu begegnen. Das B3 soll eine organisch wachsende, gemeinschaftliche Aufgabe sein – ein Ort, der niemanden zurücklässt, aber zugleich alle dazu einlädt, sich aktiv einzubringen.

Gerade in einer Zeit, in der sich unsere Welt rasant verändert, in der gesellschaftlicher Zusammenhalt zunehmend unter Druck gerät und Polarisierung, Ausgrenzung und autoritäres Gedankengut wieder an Boden gewinnen, setzt das B3 ein deutliches

Zeichen:
Es steht für Demokratie, Offenheit und soziale Gerechtigkeit. Es will befähigen statt spalten, miteinander statt gegeneinander stärken und einen Raum schaffen, in dem wir lernen, Veränderungen gemeinsam anzunehmen.

Das B3 zeigt undemokratischen Tendenzen die rote Karte und steht fest auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie das Grundgesetz für alle Menschen in diesem Land vorsieht. Spaltung und Ausgrenzung finden hier keinen Platz.

Das B3 versteht sich als Ausdruck gelebter Basisdemokratie – ein Ort, an dem Menschen erleben können, dass sie mitgestalten, mitreden und mitentscheiden dürfen. So wird das Gefühl von „die da oben entscheiden, wir haben ohnehin nichts zu sagen“ durchbrochen. Hier entsteht ein neues Wir-Gefühl, getragen von Respekt, Beteiligung und Verantwortung füreinander. Interessierte können sich jederzeit an Barbara Kafili (Integrationsbeauftragte der Stadt Rottenburg) wenden.

Die Örtlichkeit ist geschaffen – nun darf sie von allen Rottenburgerinnen und Rottenburgern mit Leben gefüllt werden. Ein Ort, der verbindet. Ein Ort von Menschen – für Menschen.

(Gastbeitrag Daniel Setzler, Vorstand Integrationsbeirat Rottenburg a.N.)

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Die anderen Totalverweigerer

Eine unwürdige Debatte

Das Gespenst vom „Totalverweigerer“

Die Sozialsysteme leiden, so hört man, weil viele Menschen Geld vom Jobcenter beziehen und dann, statt Arbeit zu suchen, sich einfach auf die faule Haut legen. Es mag sie geben, die „Totalverweigerer“, aber viele können es nicht sein. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB kommt *deutschlandweit* seit 2024 auf eine *jährliche* Zahl von insgesamt *weit weniger als 100 Fälle*.

Wem nützt der Mythos?

Es handelt sich um ein gut finanziertes Ablenkungsmanöver: Regt über die „Sozialschmarotzer“ auf und schaut bei uns, den Eigentümern von BILD, Welt, Pro7, X, etc. bitte lieber nicht, wie wir und unsere milliardenschweren Bekannten und Verwandten eure Arbeit steuerentlastet und oft genug staatlich gefördert in maximale Profite umsetzen. Vergesst auch, dass diese Sozialleistung durchgehend so berechnet ist, dass sich ein Einkommen auf der Armutsgrenze ergibt. „Armutsgrenze“ bedeutet konkret: Menschen im Bürgergeld müssen nicht selten schwere Entscheidungen zwischen Essen und Heizen treffen. Weihnachtsgeschenke für die Kinder fallen, wenn es überhaupt welche gibt, mager aus. An Urlaub ist kaum zu denken.

Die wahre Leistungsverweigerung: Nichtinanspruchnahme

Das Ergebnis der Propaganda gegen Menschen im Bürgergeldbezug ist nicht nur eine erfolgreiche Verschiebung der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die andauernde Negativberichterstattung übers Bürgergeld trägt auch dazu bei, dass viele den Gang zum Jobcenter scheuen. Es sind eben nicht nur die (zumindest teilweise berechtigten) Befürchtungen, wie man im Jobcenter behandelt wird. Es ist vor allem auch die feindliche Stimmung, die zu dieser ganz anderen Form von „Totalverweigerung“ führt. Da gibt es die, welche die Berichte über „Sozialschmarotzer“ glauben und zu stolz sind, wie sie von der „Stütze“ oder „Hartz IV“ zu leben. Da sind jene, welche das Bürgergeld als gerechtfertigte Unterstützung zum Lebensunterhalt ansehen, aber das abschätzige Urteil der Nachbarn, der Verwandten und Bekannten fürchten. Und während die



Sicherheit für alle.

So treiben wir dem Bürgergeld das Hartz IV aus.

„Sozialbetrüger“ eine verschwindende Minderheit darstellen, sind es sehr Viele, die trotz Armutsgefährdung keine Leistungen annehmen. Man geht davon aus, dass rund ein Drittel der Armutsgefährdeten, welche einen Anspruch geltend machen könnten, leer ausgehen.

Armutsfolgen

Die Folgen sind dramatisch. Armut, insbesondere auch Kinderarmut, übersetzt sich in einen schlechteren körperlichen und seelischen Gesundheitszustand. Armut verringert Bildungschancen. Armut führt zu Vereinsamung. Armut steigert das Risiko der Wohnungslosigkeit. Rechnungen bleiben unbezahlt, Schulden bauen sich auf. Menschen (darunter viele Kinder) werden ihrer Lebens- und Entwicklungschancen beraubt.

Was tun?

Wir müssen in Politik und Alltag der Hatz auf die „Hartzer“ entgegentreten. Hier braucht es einen langen Atem – und viele Stimmzettel. Das soziale Klima im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz, im Verein können wir selbst ändern, indem wir klarmachen, dass wir nicht auf Menschen im Bürgergeldbezug herabschauen: Es ist in Ordnung, das bei bestehendem Bedarf zustehende Recht auf Grundsicherung auch in Anspruch zu nehmen. Und wir können auf Angebote aufmerksam machen, in denen Erwerbslose und prekär Beschäftigte auf Augenhöhe kompetent beraten werden – Angebote wie der Tübinger Arbeitslosentreff TAT (Kontakt 07071-400648). Die Arbeit des TAT kann man übrigens auch durch eine Mitgliedschaft oder mit Spenden fördern – wie das geht, wird auf der Website arbeitslosentreff.de erklärt.

Matthias Varul

Kein schönes Land für Kinder

Der Mangel in der frühkindlichen Bildung in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg fehlen knapp 60 000 KiTa-Plätze und es würde über 18 000 pädagogische Fachkräfte benötigen um den Bedarf zu decken. Gleichzeitig sinkt in den letzten Jahren die Fachkräftequote, also die Anzahl der fachlich ausgebildeten Kräfte in einem pädagogischen Team. Immer mehr Eltern ziehen vor Gericht um einen Betreuungsplatz einzuklagen, der ihn rechtlich zugesichert ist.

„Die miserable Betreuungssituation an Kindergärten und Schulen schädigt massiv die Wirtschaft. In 32 Prozent der Unternehmen führt dies zu erheblichen Beeinträchtigungen der Betriebsabläufe, wenn Arbeitnehmer nicht arbeiten können, weil sie Betreuungsausfälle der Kitas oder Schulen kompensieren müssen“. Das sagt der Verband der Familienunternehmer, der nicht dafür bekannt ist linke Politik zu betreiben. Man kann Baden-Württemberg also zu Recht attestieren ein Kinderunfreundliches Bundesland zu sein und es für Erwachsene die Kinder haben mitunter sehr schwer zu machen, Familie und Beruf zu vereinen.

Das Problem ist groß genug, dass sich auch der Stadte- tag Baden-Württemberg damit auseinandersetzt. In dem kommunalen Landesverband sind u.a. 205 Städte und Gemeinden Baden-Württembergs organisiert und vertreten die Interessen der Kommunen gegenüber dem Land Baden-Württemberg. Auch hier wird erkannt „Die Kita-Krise sei so weit fortgeschritten, dass sie neue Antworten erfordere“. Einer dieser Antworten ist der „Zukunftsparagraph“ in das KiTa Gesetz aufzunehmen. Dieser sieht vor das Landesrecht anzupassen wodurch Praktiken möglich werden wie bspw. Hauswirtschafts- oder Verwaltungskräfte dem Personalschlüssel anzurechnen und so die Fachkräftequote weiter zu drücken.

Fakt ist, ein frühkindliches Bildungssystem kostet Geld. Jedoch gibt es Unterschiede in den Kosten je nachdem was für ein Bildungssystem angestrebt wird. Hierzu hat das Land Baden-Württemberg klar Stellung bezogen: Es setzt auf einen Trias aus Bildung, Erziehung und Betreuung wobei ein Fokus auf die Bildung gelegt wird. „Der Orientierungsplan benennt [...] an erster Stelle die Bildung und weicht damit von der Reihenfolge im SGB VIII ab. Damit wird die Bedeutung von Kindertageseinrichtungen als Bildungsort weiterhin gestärkt“. Ein frühkindliches Bildungssystem ist aber teurer als ein frühkindliches Aufsichtssystem. Da weder Geld noch Personal zur Verfügung steht ist die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität die das Land bei diesem Thema an den Tag legt wirklich bemerkenswert. Die GEW drückt es folgendermaßen aus: „Der Fokus der derzeitigen baden-württembergischen Maßnahmen ist auf die Betreuung und Aufsicht der

Kinder gerichtet, nicht wie gesetzlich vorgeschrieben auf den Erziehungs- und Bildungsauftrag“.

Es ist natürlich kein Fehler sich auch über Personalgewinnung und Personalmanagement Gedanken zu machen doch leider wird als Lösung an keiner Stelle angemerkt, dass mehr Geld benötigt wird. Mehr Geld für die Kommunen aber auch mehr Geld für Erzieherinnen, denn wie sonst macht man einen Beruf attraktiver. Dies kann man eindrucksvoll beim neuen Wehrdienst beobachten. Mehr Geld, mehr Berufsförderung, mehr Dienstzeitversorgung und sogar eine Bezuschußung zum Führerschein sind geplant. Dazu kommt eine Omnipresenz der irreführenden Werbung für die Bundeswehr. Man solle sich vorstellen wie schnell sich Menschen zur pädagogischen Fachkraft ausbilden lassen, wenn sie solche Privilegien zugesprochen bekommen. Außerdem gibt es Studien die belegen, dass jeder Euro der in die Bildung des Nachwuchses investiert wird, 2 bis drei Euro in die Staatskassen zurück spült, es also keine „toten Investitionen“ sind, wie bspw. Rüstungsgüter.

Zum Schluß noch ein wenig anekdotische Evidenz aus Rottenburg. Vor 2 Jahren sind wir als Familie von Rheinland Pfalz nach Baden-Württemberg gezogen. Mein heute 6 Jahre alter Sohn ist hat damals mit 2 Jahren einen kostenlosen KiTa-Platz bekommen. In Baden-Württemberg hat man erst ab 3 Jahren einen Anspruch auf einen Platz und dieser kostete im Jahr 2023 146€ pro Monat. Jetzt, zwei Jahre später, müssen wir schon 178€ bezahlen. Außerdem hat die Stadt die Bring- und



Abholzeiten an das Modell der anderen städtischen Kindergärten angepasst. Was davor ein maximal flexibles Modell ist nun sehr starr. Meine jüngere Tochter kann ich nun nur noch zwischen 08.00 Uhr und 14.00 Uhr betreuen lassen. Davor konnte ich sie bringen wie ich es brauche, solange ich

dir wöchentlich gebuchten Stunden nicht überschreite.

Eine gute frühkindliche Bildung ist sehr wichtig für die Entwicklung von gesunden Kindern. Zusätzlich kann sie gutes Werkzeug für eine gelungene Integration sein. Voraussetzung dafür ist die Ausstattung mit ausreichend finanziellen Mitteln, die dazu führen sollen, dass pädagogische Berufe attraktiver werden. Sonst gelingt es nicht, das Baden-Württemberg ein schönes Land ist um Kinder zu bekommen.

Jannik Renz

Für eine progressive Vermögens- und Erbschaftssteuer

Aus Martyna Linartas „Unverdiente Ungleichheit“ (Rowohlt 2025)

In Deutschland herrscht eine extreme Ungleichheit bei Vermögen. Über die Hälfte der Vermögen wurde nie selbst erarbeitet, sondern wird leistungsfrei als Geschenk empfangen – steuerfrei!

Das reichste 1 Prozent besitzt mehr als 35 Prozent des Gesamtvermögens,
10 Prozent der Deutschen besitzen über 67 Prozent aller Vermögen.

Auf 1,5 Prozent der Bevölkerung (1,6 Mio. Personen) entfallen 86 Prozent aller Betriebsvermögen, der wichtigsten Vermögensart.

249 deutsche Milliardäre besitzen ein Gesamtvermögen von 1,4 Billionen Euro. Zwei Familien (Boehringer und von Baumbach/ Ingelheim; Dieter Schwarz/ Lidl) haben mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Bevölkerung.

Jährlich werden bei uns 400 Milliarden Euro vererbt. Dank der „Verschönungsbedarfsprüfung“ (28a ErbStG) müssen dafür nur 9,2 Mrd. Steuern bezahlt werden, das sind rund 2 Prozent des Gesamtsteueraufkommens. Steuerhinterziehung in Deutschland: 125 Milliarden Euro – Hartz-IV-

Betrug: 57,3 Millionen Euro.

40 Kinder unter 14 Jahren erhielten 2009-2020 Firmenanteile in Höhe von 33,3 Milliarden Euro und zahlten dafür 1 Prozent Steuern – 2,8 Millionen Kinder wachsen in Armut auf.

Keine Angst beim Eigenheim: Seit 2009 sind Eigenheime völlig steuerfrei, sofern sie vom Erben selbst genutzt werden.

Laut Untersuchung der EU (2003) sind die Reallöhne in den letzten 30 Jahren kaum gewachsen, wohl aber die Vermögen der Reichsten jährlich um 7 Prozent. Ihr Vermögen verdoppelt sich alle 10 Jahre!

Steuersenkungen für die Reichsten führten in den letzten 50 Jahren nicht zum Aufbau von Arbeitsplätzen und mehr Wirtschaftsleistung (OECD-Studie).

Lohnabhängig Beschäftigte zahlen prozentual mehr Steuern für ihre Arbeitsleistung als Erben durch leistungslose Schenkung oder Erbschaft.

Deshalb GRUNDERBE von 60.000 Euro für alle Jugendlichen ab 18 Jahren durch progressive Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer.



Kurz und bündig!

Parkdeck am Bahnhof

Das seit Jahren geplante und heftig umstrittene Parkdeck am Bahnhof neben den Bahngleisen will die Stadt dem Eigenbetrieb Stadtwerke verkaufen. Das Parkdeck, für das vor seit Jahren im Eiltempo Bäume und Sträucher entfernt wurden, soll rund 6,6 Mio. Euro kosten. Für den Grunderwerb in Höhe von 1,6 Mio. erhöht die Stadt das Eigenkapital der Stadtwerke um diesen Betrag. Zeitgleich beklagen der Kämmerer und die Stadtverwaltung, dass sie keinerlei Mehrausgaben für notwendige Projekte mehr zahlen können und überall den Rotstift ansetzen müssen. Da ist natürlich auch kein Geld mehr für die von der Stadt seit Jahren verschleppte Sanierung des Schlachthofes von 193.000 Euro übrig – das denkmalgeschützte Mauerwerk bröckelt so wie das Vertrauen in diese Rathauspitze!

Riesengewinne durch Ukraine-Krieg

Der größte deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall hat seine Produktion von Panzern, Artillerie, Flugabwehrgeschützen und Munition in den ersten neun Monaten 2024 enorm steigern können – auf 6,3 Milliarden Euro (plus 36 Prozent!). Es gibt weitere Aufträge für 52 Milliarden. Solch ein Wachstum hatte der Konzern noch nie, jubelt Firmenchef Armin Papperger. Die Kriegswaffen werden an die Ukraine wie auch an NATO-Staaten verkauft. Seit November 2023 hat sich der Kurs der Aktie mehr als verdoppelt und beträgt aktuell rund 550 Euro.

Je stärker **DIE LINKE. desto sozialer das Land!** **Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer das Land!** **Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer das Land!**

Charlie Kirk „Märtyrer für die Freiheit Amerikas“?

Politische Instrumentalisierung eines Attentats

Auf der inszenierten MAGA-Trauerfeier für den ermordeten „rechtsradikalen Aktivisten“ (Tagesschau) in einem Footballstadion in Arizona erklärte Trump-Vize Vance, das Attentat habe Kirk „unsterblich“ gemacht. Kein geringerer als der katholische Erzbischof von New York, Kardinal Timothy Dolan, sieht in ihm einen modernen Paulus: „Er war ein Missionar, er ist ein Evangelist, er ist ein Held. Ich glaube, er ist einer, der wusste, was Jesus meinte, als er sagte: ‚Die Wahrheit wird euch frei machen.‘“

Politische Instrumentalisierung

Trump machte sofort „die Linke“ für Kirks Tod verantwortlich, der stellvertretende Stabschef im Weißen Haus, Stephen Miller, forderte zur Rache an der „radikalen Linken“ auf: „So wahr mir Gott helfe, werden wir alle uns zur Verfügung stehenden Ressourcen im Justizministerium, im Heimatschutzministerium und in der gesamten Regierung nutzen, um diese Netzwerke zu identifizieren, zu stören, zu zerschlagen und zu zerstören und Amerika für das amerikanische Volk wieder sicher zu machen“. Trump verbot die Antifa als „inländische terroristische Organisation“ und verlieh Kirk posthum die Freiheitsmedaille, die höchste zivile Auszeichnung in den USA.

Was vertrat Kirk?

Kirk war Gründer der christlich-nationalistischen Jugendbewegung „Turning Point USA“, laut seiner Witwe die größte konservative Jugendorganisation der USA. Auf seiner Plattform veröffentlichte er Listen politischer Gegner, die er als Parasiten, Faschisten, Staatsfeinde und Gottesgräuel angriff, und trat in vielen Unis und Schulen auf. Kirk hetzte massiv gegen nicht-weiße Frauen: „Schwarze Frauen haben nicht die Gehirnleistung, um ernst genommen zu werden. Sie müssen den Platz einer weißen Person stehlen.“ (13. Juli 2023) Kirk bezog sich dabei auch auf Michelle Obama. Das entsprach seiner Ideologie von der angeblichen Überlegenheit der weißen Rasse.

Prinzipiell war er für ein generelles Abtreibungsverbot und forderte 2024 „Nürnberg-ähnliche Prozesse“ gegen alle Ärzte, die Geschlechtsanpassungen durchführen. Er verglich Abtreibungen mit dem Massenmord der Nazis an Juden im Zweiten Weltkrieg. Laut Tagesspiegel verlangte er Gefängnis und Todesstrafe für den „demenzgefüllten, korrupten Tyrannen“ Joe Biden und die öffentliche Übertragung von Hinrichtungen.

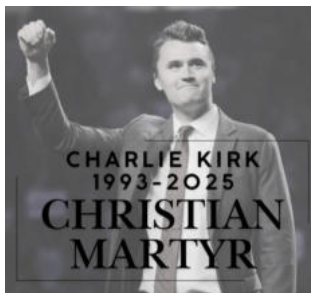
Rechtsextreme Jugendbewegung

Laut Vize Vance sei Charlie Kirk durch die Mobilisierung junger Wähler entscheidend für Trumps Wahlsieg 2024 gewesen: „Wir wissen, dass wir ohne ihn nicht hier wären.“ Schon 2012 hatte Kirk als 18-Jähriger die rechtsextreme Plattform „Turning Point USA“ mithilfe der Großspenden zahlreicher einflussreicher Geschäftsleute gegründet (Spiegel). Die rassistische, frauenfeindliche Massenbewegung verfügt mit ihren 650.000 Mitgliedern über Ortsgruppen im ganzen Land. Kirk sah in Trump „den Leibwächter der westlichen Zivilisation“. Im Oktober 2020 begann Kirk mit der Moderation einer täglichen dreistündigen Radiotalkshow, der Charlie Kirk Show. Diese wird produziert von

der konservativ-evangelikalen Salem Media Group. An der University of Illinois wurde jetzt der Breakfirst Club entdeckt, der monatelang mit lokalen Führungsmitgliedern der republikanischen Jugendorganisation Nachrichten mit antisemitischer Hetze, Holocaust-Leugnung und Hitler-Verehrung austauschte.

Turning Point USA half, Busladungen von Trump-Fans zur Kundgebung nach Washington zu bringen, die dem Sturm auf das Kapitol in Washington am 6. Januar 2021 vorausging. Auf Twitter gab Kirk an: „80+ Busladungen von Patrioten nach DC zu bringen, um für den Präsidenten zu kämpfen“ (Wikipedia). Für Trumps Wiederwahl sammelte er 2023 mehr als 92 Mio. Dollar ein und hatte für den Wahlkampf 450 Mitarbeiter. Er wurde von Trump im Juli 2023 in eine Parteikommission zur Förderung von „patriotischer Erziehung“ berufen und arbeitete am berühmten rechtsextremen Project 2025 für den Staatsumbau zugunsten der US-Milliardäre mit. Rechtzeitig vor Gründung der neuen

Jugend-Abteilung der AfD trat Daniel Lindenschmid (AfD) im Stuttgarter Landtag mit einem Fan-T-Shirt für Kirk auf.



Bürgerkriegsübungen

Laut US-Sender NBC-News plant das Kriegsministerium (offizieller Name) eine Rekrutierungskampagne mit dem Slogan „Charlie hat eine Generation von Kriegern geweckt“ und will als Rekrutierungszentren studentische Ortsgruppen von Turning Point nutzen. Parallel dazu baut Trump die Ausländerpolizei ICE als Privatarmee auf. Die US-Behörde (ICE) «Immigration and Customs Enforcement» soll Einwanderung und Zoll kontrollieren.

Die maskierten, bewaffneten „Härscher der ICE-Truppe, die gerade um 10.000 Männer und Frauen aufgestockt wird, tragen bei ihrer Jagd auf illegale Migranten weder Uniformen noch Namensschilder.“ (Stuttgarter Zeitung) Todd Lyons, Direktor von ICE: «Wir müssen besser darin werden, das Ganze als Geschäft aufzuziehen.» (April 2025) Er stelle sich ein System von Lastwagen vor, das reihenweise Menschen zur Abschiebung einsammelt. Zufällig führt das ICE die Razzien vor allem in demokratisch regierten Städten mit afroamerikanischen Bürgermeistern durch, angeblich um die Gewaltkriminalität zu bekämpfen. Dabei zeigt die neueste FBI-Statistik einen deutlichen Rückgang von 15 bis 30 Prozent an Gewaltverbrechen. Jetzt lässt Trump eine „schnelle Eingreiftruppe“ mit je 500 Soldaten in jedem Bundesstaat für Einsätze im Innern aufbauen. Wie sein Kriegsminister Hegseth will er einen Krieg gegen Städte wie San Francisco, Chicago, New York, Los Angeles führen, die „von radikalen linken Demokraten“ regiert werden. Unter Trumps Führung entwickeln sich die USA immer offener von einer weltweit anerkannten Demokratie zu einer rechtsextremen, rassistischen Diktatur – 7 Millionen demonstrierten in 2.600 Städten in 50 Bundesstaaten unter der Losung „No Kings“.

Emanuel Peter

Leserbriefe

"Menschenrechte gelten für alle!"

Wie blind ist religiöser Fanatismus, wenn man zu Recht den Hamas-Terror gegen Israelis kritisiert, aber die Kriegsverbrechen der rechtsradikalen Netanjahu-Regierung „übersieht“. Monatelang hat sie zwei Millionen Menschen im Gaza-Streifen ausgehungert, Lebensmitteltransporte und Wasser blockiert, Krankenhäuser und Schulen bombardiert, auf hungernde Kinder vor Lebensmittelstellen geschossen. Mehrfach hat sie die Zivilbevölkerung zwangsumgesiedelt, um jetzt auf den Ruinen von Rafah zunächst 600.000 Menschen, dann alle Palästinenser in ein Freiluftgefängnis einzupferchen, das sie nicht mehr verlassen dürfen. Minister Katz will das Westjordanland in einen „jüdischen israelischen Staat“ umwandeln und den Gazastreifen zu einem „Erholungsgebiet“ nach Trumps Wünschen machen.

Dagegen spricht der israelische Ex-Premier Ehud Olmert Klartext: »Es ist ein Konzentrationslager. Es tut mir leid.« Diese Internierung von Palästinensern wäre eine Form ethnischer Säuberung. Israel begehe bereits jetzt Kriegsverbrechen im Gazastreifen und im Westjordanland, so Olmert. Die Kritik daran als „Judenhass“ oder Antisemitismus zu diffamieren, ist abwegig und fällt auch der Opposition in Israel in den Rücken.



Unsere Artikel sind sauber recherchiert! Wer sich für die Quellen interessiert, auf die wir uns beziehen, kann uns eine E-Mail zusenden und erhält das Quellenverzeichnis.

Bundesweiter Aktionstag gegen die Wehrpflicht am 5. Dezember

Schulstreiks und Demonstrationen in ganz Deutschland

<https://neinzurwehrpflicht.wordpress.com/>

Termine:

Mi. 26.11.2025 um 19:00 Uhr -> AWO-Heim Rottenburg
Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Di. 02.12.2025 um 19 Uhr -> AWO-Heim Rottenburg
Gespräch mit Jonas Weber (Verdi-Bezirksgeschäftsführer)

Rettet Dagobert Duck!

(Bezug: „Rassistisch, spaltend und gefährlich“, Schw. Tagblatt, 20.10.2025)

Unser heiß geliebter, milliardenschwerer und vom Himmel gesandter Onkel Dagobert wird bedroht und mit ihm unsere Nation. Wilde Horden von sieben Millionen Hamas-Terroristen, illegalen Migrant*innen, linksradikalen Demokraten und Marxisten in voller Montur haben ihn in 2.700 Städten unseres Landes verhöhnt. Dadurch haben sie das Stadtbild bei uns und auf der ganzen Welt verschandelt. Davor haben selbst unsere deutschen Artgenossen in Tübingen und die Merz-Ente in Berlin gewarnt. Sie stehen schon seit langem gegen diese dreckigen Antifa-Typen in vorderster Front, selbst mit Film-Kameras auf Podiumsdiskussionen in den Hepper-Hallen. Aber auch mit einer Million Dollar pro Tag ließen sich einige Entenjungen nicht für ihren Onkel Sam und seine Elon-Tusk-Forces gewinnen, sondern liefen zu den nicht-weißen Horden über. Deshalb musste Onkel Duck sich wehren. Er nahm seinen Daniel-Düsentrieb-Düsenjäger und beschmiss die Hate America Rally von oben mit braunem Entenschiss. Spenden für ein reinrassiges Stadtbild nimmt gern Kirks „Turning Point Entenhausen“ entgegen.

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel: 07472-42096, E-Mail: emanuelpeter@gmx.de

Jannik Renz

Erzbergerstraße 19, 72108 Rottenburg

E-Mail: haenkoslav@riseup.net

V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (PE), 72108 Rottenburg

